

**40. BEILAGE IM JAHRE 2022 ZU DEN SITZUNGSBERICHTEN
DES XXXI. VORARLBERGER LANDTAGES**

Selbstständiger Antrag

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 40/2022

Bregenz, 31. März 2022

Betrifft: **Pflegeoffensive sofort in Angriff nehmen!**

Sehr geehrter Herr Präsident,

die größte Gesundheitskrise seit über 100 Jahren hat unser Land überrollt, Pflegeberufe sind gefragt und gebraucht wie noch nie, die Pflegebedürftigkeit der Bevölkerung nimmt vor allem durch die Demografie enorm zu.

Die Sicherstellung einer menschenwürdigen und hochwertigen Pflege nach dem Stand der Pflegewissenschaft und Medizin sowie die Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen müssen in Österreich höchste Priorität haben. Nach der Bevölkerungsprognose wird der Anteil der über 80-Jährigen bis zum Jahr 2030 österreichweit von derzeit 5% auf 6,8% angestiegen sein. Bedingt durch diese Verschiebung der Altersstruktur in der Bevölkerung sagen sämtliche Studien und Prognosen für die nächsten Jahre einen steigenden Bedarf an Pflegepersonen voraus.

Diese Entwicklung erfordert, dass die längst überfällige Pflegereform endlich angegangen wird. Bislang ist die Bundesregierung damit säumig geblieben, auch aufgrund einer fast jährlichen Auswechslung der zuständigen Minister wird die so dringend notwendige Reform immer wieder verschoben.

Die drängendsten und wichtigsten Punkte – einheitliches Pflegesystem, garantierte Finanzierung der Pflegeleistungen und Ausbildungsoffensive – sind bislang nicht

erledigt worden. Eines ist klar: Es braucht anstelle von neun unterschiedlichen Systemen bundesweite Festlegungen: welche Zielsetzungen werden verfolgt, welche Leistungen, welche Angebote sollen in welcher Qualität und Quantität zu welchen Kosten verfügbar sein? Damit kann man Transparenz und Vergleichbarkeit für alle sicherstellen.

Pflege qualitativ ausbauen und die Qualität sicherstellen kann nur durch eine gesamtheitliche Steuerung der Pflege geschehen, die Rücksicht auf regionale Gegebenheiten nimmt und Mindestkriterien festlegt sowie unabhängig kontrolliert.

Derzeit besteht der Pflegefonds als Provisorium und dient als Ausgleichfonds für die Sozialhilfeträger. Dieser Fonds muss umgestaltet und dauerhaft finanziert werden. Durch Schaffung eines Pflegegarantiefonds könnten die Mittel der Länder und des Bundes zusammengeführt und entsprechend aufgestockt werden, damit die benötigten Pflegeleistungen den Pflegebedürftigen kostenlos zur Verfügung gestellt werden können.

Im Pflegebereich rechnet man bis 2030 mit einem Bedarf von etwa 3.000 zusätzlichen Pflege- und Betreuungskräften allein in Vorarlberg. Das derzeit beschäftigte Pflegepersonal ist bereits physisch und psychisch extrem belastet. Viele Stellen können gar nicht mehr besetzt werden. Die Personalnot ist schon dermaßen dramatisch, dass etwa das Pflegeheim in Götzis vorhandene Betten sperren muss, weil die dafür nötigen Pflegekräfte fehlen.

Es braucht daher sofort eine Ausbildungsoffensive, mit der z.B. Personen, die eine Pflegeausbildung machen, eine echte Entlohnung (ähnlich den Polizeischüler:innen) angeboten wird. Um einen Beruf mit Zukunftschancen zu ergreifen, ist es auch wichtig, dass die Arbeitsbedingungen ansprechend sind. Gerade die letzten Monate der Gesundheitskrise haben uns gezeigt, dass Pflegeberufe oft unter dramatischen Bedingungen ihre Arbeit erbringen müssen. Es braucht daher einen Personalbedarfsschlüssel und mehr finanzielle Mittel, um ausreichend Personal beschäftigen zu können.

Es bedarf aber auch attraktiver Arbeitsplätze durch bessere Arbeitsbedingungen: faire Bezahlung und langfristig lebbare Arbeitszeitmodelle. Damit kann auch die Drop-Out-Rate erheblich reduziert werden. Und letztendlich muss allen Pflegekräften der Zugang zur Schwerarbeitspension eröffnet werden.

In diesem Sinne stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

A n t r a g :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für den sofortigen Start eine Pflegeoffensive einzusetzen, die folgende Kernpunkte zum Ziel hat:

1. Festlegung bundesweit einheitlicher Zielsetzungen,
2. Schaffung eines Pflegegarantiefonds für kostenfreie Pflegeleistungen,
3. Sicherstellung von ausreichend zusätzlichen Budgetmitteln,
4. Start einer Ausbildungsinitiative,
5. Rasche Umsetzung von Verbesserungen der Arbeitssituation für Pflegeberufe,
6. Entwicklung von Entlohnungsmodellen für Pflegeschüler:innen ähnlich wie für Polizeischüler:innen,
7. Eröffnung des Zugangs zur Schwerarbeitspension für Pflegekräfte.“